

# Ein längerer Rennsteig-Tunnel für Bundesstraße 19 wird geprüft

Landesverwaltungsamt in Weimar bestätigt, dass es einen zusätzlichen Trassenvorschlag – abgerückt von Mosbach – gibt

VON PETER ROSSBACH

**Mosbach.** Wird das alles noch teurer, wird der Tunnel unter dem Rennsteig noch länger? Nach Informationen des Bürgervereins Mosbach und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gehen die Planungen für die Umverlegung der Bundesstraße 19 ab Etterwinden und Wilhelmsthal nicht nur weiter, sondern die Planungen werden unter Zeitdruck auch mit neuen Varianten vorangetrieben.

Dies bestätigte Adalbert Alexy, der Sprecher des Landesverwaltungsamtes in Weimar, auf Anfrage: „Nach den Protesten gerade aus Mosbach haben die Verkehrsplaner eine modifizierte Variantenkombination erstellt, die gerade hier im Hause in der Beratung ist.“

Diese Variante sieht vor, dass die umverlegte B 19 dann drei Kilometer weiter in Richtung Norden vom Ort Mosbach abtrückt und für drei weitere Kilometer in einem Tunnel ver-

schwindet, um die Ortslage Mosbach nicht zu belasten.

„Aus unserer Sicht sind wesentliche Mängel dieser Planungen, die wir bereits im laufenden Raumordnungsverfahren benannt haben, weiter unberücksichtigt geblieben“, sagte hingegen ein Vertreter der Umweltschutzorganisation BUND.

## Projekt vernachlässigt Wilhelmsthal unverändert

Auf das Schlossensemble Wilhelmsthal werde in der neuen Planungsphase kaum Rücksicht genommen. Man habe den Eindruck, dass die zuständigen Planer die bereits gemachten Einwendungen der Verbände „gar nicht erst gelesen“ hätten, so der BUND weiter. „Für die Planer ist ein Tagebaufeld anscheinend immer noch bedeutender als eine wertvolle historische Schlossanlage“.

Behördensprecher Alexy will den Beratungen im Landesver-

waltungsamt nicht vorgehen. Fachleute für Naturschutz, Wasserschutz und Forst würden derzeit befragt und deren Stellungnahmen lägen noch nicht vor, schilderte er.

Da es sich aus Sicht des Amtes um die Anpassung einer ohnehin vorgeschlagenen Variante und somit nicht um eine gravierende Änderung handele, sei es nicht erforderlich, noch einmal alle Träger öffentlicher Belange zu befragen. Die drei jetzt befragten Fachgebiete – Naturschutz, Wasser, Forst – seien aber im Besonderen betroffen. „Wer dann noch eingebunden wird, muss geprüft werden.“

BUND und Bürgerverein Mosbach bleiben unterdessen bei ihrer strikten Forderung, dass die Öffentlichkeit auch bei veränderten Varianten mitwirken müsse. „Wenn sich alle ursprünglichen Trassen als unverträglich erwiesen haben, erwarten wir eine Anhörung der Verbände auch bei neuen Varianten“, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiative.



Mit Hunderten Mosbachern beteiligt sich Willibald Peschik seit Februar 2011 am Widerstand gegen die Umverlegung. Archivfoto: Sven-Uwe Völker

# Weiter weg und mit Tunnel

Eine modifizierte B19-Verlegungsvariante wird geprüft – Vereine fordern Beteiligung

■ Von Peter Rossbach

**Mosbach.** Wird das alles noch teurer, der Tunnel noch länger? Nach Informationen des Bürgervereins Mosbach und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gehen die Planungen für die Umverlegung der Bundesstraße 19 ab dem Bereich Etterwinden/Wilhelmsthal nicht nur weiter, sondern werden unter Zeitdruck auch mit neuen Varianten vorangetrieben. Dies bestätigte Adalbert Alexy, Sprecher des Landesverwaltungsamtes in Weimar, auf TLZ-Anfrage. „Nach den Protesten gerade aus Mosbach haben die Planer eine modifizierte Variantenkombination erstellt, die gerade hier im Hause in der Beratung ist.“ Die Variante sieht vor, dass die umverlegte B19 dann drei Kilometer weiter in Richtung Norden vom Ort abtrückt und für drei weitere Kilometer in einem Tunnel verschwindet, um die Ortsla-



Plakativer Protest an der Bundesstraße 19 bei Wilhelmsthal gegen die Umverlegung. Foto: Sascha Willms

ge Mosbach nicht zu belasten. „Aus unserer Sicht sind wesentliche Mängel dieser Planungen, die wir bereits im laufenden Raumordnungsverfahren benannt haben, weiter unberück-

sichtigt geblieben. Auf das einmalige Schlossensemble Wilhelmsthal wird in der neuen Planung kaum Rücksicht genommen. Man hat den Eindruck, dass die zuständigen Pla-

ner die bereits gemachten fundierten Einwendungen der Verbände gar nicht gelesen haben“, so ein Vertreter des BUND.

## ■ Noch in Prüfung

Adalbert Alexy will da den Beratungen im Hause nicht vorgehen. Die Bereiche Naturschutz, Wasserschutz und Forst seien derzeit eingebunden, deren Stellungnahmen lägen aber noch nicht vor, so Alexy. Da es sich aus Sicht des Amtes um eine Modifizierung einer Variante und somit nicht um eine gravierende Änderung handelt, sei es nicht erforderlich, noch einmal alle Träger öffentlicher Belange nach ihrer Meinung zu befragen. Die drei jetzt befragten Bereiche (Naturschutz, Wasser, Forst) seien im Besonderen betroffen. „Wer dann noch eingebunden wird, muss noch geprüft werden.“

BUND und Bürgerverein bleiben derweil bei ihrer Forde-

rung, dass die Öffentlichkeit auch bei neuen Varianten, die als Modifizierung ausgegeben würden, ausreichend Möglichkeit zur Beteiligung haben müsse. „Wenn sich alle ursprünglich geplanten Varianten im Raumordnungsverfahren als raumunverträglich erwiesen haben, erwarten wir eine Anhörung der Verbände insbesondere auch bei zusätzlich neu eingebrachten Varianten“, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiative.

Die Vereine bemängeln, dass von den Verbänden aufgezeigte Fehler in den Planungsunterlagen im weiteren Verfahren offensichtlich nicht korrigiert wurden. „Für die Planer ist ein Tagebaufeld anscheinend immer noch bedeutender als eine historische Schlossanlage.“ Vom Landesverwaltungsamt erwarten Bürgerverein und BUND, dass „allen beteiligten Verbänden erneut Gelegenheit gegeben wird, sich im Verfahren zu äußern“.